



Protokoll der 29. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol

Datum:	22. November 2022
Ort:	Bundesamt für Justiz, Bern
Zeit:	10.00 bis 15 Uhr

Aktenzeichen: 924-3720/4/2

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz
Mitglieder:	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstellen
	Urs Allemann-Cafilisch	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
	Christian Raetz	Ehem. Leiter «Bureau cantonal de médiation VD»
	Theresia Rohr	Betroffene
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK)
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
Ex officio:	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
	Yves Strub	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM / Stv. Kommissionssekretär
Protokoll:	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Kommissionssekretariat



1 Begrüssung und Mitteilungen

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 23. August 2022 wurde bereits genehmigt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor ca. 2 ½ Wochen an die Mitglieder versandt (ein ergänzender Versand erfolgte vor einer Woche). Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Der Präsident hat keine weiteren Mitteilungen.

Reto Brand informiert über ein Urteil des **Bundesverwaltungsgerichts vom 8. September 2022¹**, mit dem die gegen einen Einspracheentscheid des BJ erhobene Beschwerde abgewiesen worden ist. Das Bundesverwaltungsgericht habe sich darin eingehend mit der Frage befasst, welche Arten von *fürsorgerischen Zwangsmassnahmen* durch das Bundesgesetz über die Aufarbeitung fürsorgerischer Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG) erfasst seien. Es sei zum Schluss gekommen, dass es sich regelmässig nur um Sachverhalte wie behördlich angeordnete Platzierungen, Zwangsabtreibungen, Zwangsadoptionen, Zwangssterilisationen oder Zwangsmedikation/Medikamentenversuche handeln könne. Im zu beurteilenden Fall sei der Beschwerdeführer nach dem Tod des Vaters zusammen mit der Mutter und seinen Brüdern auf dem Bauernhof des Onkels geblieben. Von den Behörden sei somit weder eine fürsorgerische Zwangsmassnahme angeordnet worden noch habe es eine (private) Fremdplatzierung gegeben. Die geltend gemachten Beeinträchtigungen auf dem Bauernhof des Onkels (wirtschaftliche Ausbeutung, finanzielle Benachteiligungen) seien deshalb keine unmittelbare Folge einer Massnahme im Sinne des AFZFG. Gleiches gelte für eine allfällige (Mit-)Verantwortung der Behörden im Zusammenhang mit der anscheinend ungenügenden Regelung der Erbschaft seines Vaters, der vor seinem Tod den Bauernhof gemeinsam mit dem Onkel geführt hatte.

Reto Brand weist im Weiteren darauf hin, dass die Stadt Zürich plant, einen kommunalen Solidaritätsbeitrag in der Höhe von Fr. 25'000.— einzuführen. Anspruch hätten Personen, deren fürsorgerische Zwangsmassnahme oder Fremdplatzierung vor 1981 von Behörden der Stadt Zürich veranlasst worden seien. Dieser kommunale Solidaritätsbeitrag könne zusätzlich zum Solidaritätsbeitrag nach AFZFG beantragt werden. Gleichzeitig solle die Rolle der städtischen Behörden im Zusammenhang mit den fürsorgerischen Zwangsmassnahmen aufgearbeitet werden.² Nach dem Stadtrat müsse nun auch der Gemeinderat der Stadt Zürich dieses Geschäft noch behandeln. Der Fachbereich FSZM sei in dieser Angelegenheit telefonisch kontaktiert worden und habe in fachtechnischer Hinsicht eine Einschätzung abgegeben, eine politische Stellungnahme des Bundesamtes für Justiz sei hingegen nicht erfolgt. Gemäss dem Präsidenten sei die bisherige Information der Öffentlichkeit in dieser Angelegenheit nicht optimal verlaufen, denn es sei in einer Mitteilung der Eindruck erweckt worden, dass der kommunale Solidaritätsbeitrag der Stadt Zürich bereits von der Stadtzürcher Legislative definitiv eingeführt worden sei. Der Präsident äussert zudem gewisse Bedenken in Bezug auf die Schaffung eines solchen kommunalen Solidaritätsbeitrages. Nicht zuletzt schaffe dies Ungleichheiten unter den Opfern, denn es sei kaum damit zu rechnen, dass andere Gemeinden in der Schweiz in der Lage seien, ein vergleichbares Projekt zu starten. Elsbeth Aeschlimann erwähnt, dass offenbar auch die Opferhilfe-Beratungsstelle Zürich von diesem Projekt erst

¹ Urteil des Bundesverwaltungsgerichts B-4633/2021 vom 8. September 2022 (siehe www.bvger.ch > Entscheidungdatenbank > Suchbegriff B-4633/2021).

² Weitere Informationen zur geplanten Verordnung der Stadt Zürich siehe: [Gemeinderat Zürich: Verordnung zum Solidaritätsbeitrag](#)

gleichzeitig mit der Öffentlichkeit erfahren habe. Es habe sofort viele Anrufe von verunsicherten Opfern gegeben habe. Guido Fluri informiert, dass auch bei seiner Stiftung im Zusammenhang mit dem Solidaritätsbeitrag der Stadt Zürich viele Anfragen eingegangen seien. Er stehe dem Projekt der Stadt Zürich ebenfalls skeptisch gegenüber, denn mit der Schaffung des AFZFG sei damals bewusst eine einheitliche Lösung auf Bundesebene angestrebt worden, weil die Kantone und Gemeinden nicht in der Lage gewesen wären, eine gemeinsame Lösung innert nützlicher Frist zu erarbeiten. Seines Erachtens müssten zugunsten der Opfer eher weitere Angebote auf Bundesebene angestrebt werden (Stichwort: Umsetzung von UEK-Empfehlungen). Leider sei es kaum realistisch, im Parlament eine Mehrheit für Leistungen zugunsten von Opfern in der Höhe von mehreren 100 Mio. Franken zu finden. Theresa Rohr und Urs Allemann-Caflisch weisen darauf hin, dass gerade das Erzählbistro sehr geschätzt werde und die Betroffenen sehr dankbar für dieses Angebot seien. Bei der letzten Durchführung in der Westschweiz seien die UEK-Empfehlungen auch wieder ein Thema gewesen. Für die Organisatoren des Erzählbistros sei eine diesbezügliche Positionierung und Auskunftserteilung immer schwierig.

2 Reglement über die Organisation und Arbeitsweise der beratenden Kommission

Der Entwurf zum „Reglement über die Organisation und Arbeitsweise der beratenden Kommission“ wurde den Kommissionsmitgliedern zusammen mit der Einladung und Traktandenliste für die heutige Sitzung zugestellt. Er wird kurz diskutiert und mit ein paar wenigen Anpassungen bzw. Änderungen genehmigt. Das Reglement soll auch noch auf Französisch übersetzt werden.

3 Leitsätze zur Gesuchprüfungspraxis

Der Fachbereich FSZM hat gemäss Auftrag der Kommission aus der letzten Sitzung gewisse Leitsätze zur Gesuchprüfungspraxis schriftlich festgehalten (das entsprechende Dokument wurde den Kommissionsmitgliedern zusammen mit der Einladung und Traktandenliste für die heutige Sitzung zugestellt). Dabei geht es insbesondere um Fragen wie etwa den Beizug von Archivakten, um den Stellenwert von persönlichen Schilderungen im Vergleich zu Informationen aus den Archivakten, um die Frage, welche Formen psychischer Gewalt für die Begründung der Opfereigenschaften berücksichtigt werden können (vgl. Art. 2 Bst. d Ziff. 1 AFZFG) sowie um die Anforderungen betr. das Kriterium der wirtschaftlichen Ausbeutung durch übermässige Beanspruchung der Arbeitskraft oder Fehlen einer angemessenen Entlöhnung (Art. 2 Bst. d Ziff. 6 AFZFG). Die vom Fachbereich FSZM formulierten Leitsätze werden von der beratenden Kommission für gut befunden; es werden nur ein paar redaktionelle und zwei kleinere inhaltliche Anpassungswünsche geäussert. Der Fachbereich FSZM wird die gewünschten Änderungen vornehmen und das finalisierte Dokument anschliessend allen Kommissionsmitgliedern zukommen lassen.

4 Diskussion von Einzelfalldossiers

4.1 Fall aus der letzten Sitzung

Anlässlich der letzten Sitzung bat die beratende Kommission bei einem Fall um eine nochmalige Prüfung der Frage, ob private Platzierungen in einem (schulischen) Internat ebenfalls in den Geltungsbereich des AFZFG fallen könnten. Der Fachbereich FSZM informiert nun über das Ergebnis seiner Abklärungen und nach nochmaliger ausführlicher Diskussion wird das Gesuch von der beratenden Kommission zur Abweisung empfohlen.

4.2 Im Zirkularverfahren geprüfte Fälle (Monatslisten)

4.2.1 Der Präsident stellt fest, dass den Kommissionsmitgliedern seit der letzten Sitzung mit der Monatsliste August 2022 total 30 Fälle, mit der Monatsliste September 2022 total 23 Fälle und mit der Monatsliste Oktober total 48 Fälle unterbreitet worden seien, in denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung der Gesuche vorsah.

Der Präsident hat bei allen drei Monatslisten ein paar Fälle stichprobeweise überprüft. Gleiches ist durch Urs Allemann-Cafilisch (Monatslisten August und Oktober 2022) sowie Theresa Rohr (Monatsliste August 2022) erfolgt. Aus den Monatslisten August und September 2022 wird bei insgesamt vier Fällen noch eine Diskussion anlässlich der heutigen Sitzung gewünscht. Davon werden drei Fälle von der beratenden Kommission nach kurzer Diskussion zur Gutheissung empfohlen. In einem Fall kommt sie zu einem negativen Ergebnis; da es jedoch um ein prioritär zu behandelndes Gesuch ging und deshalb die Gutheissungs-Verfügung vom Fachbereich FSZM bereits versandt wurde, hat diese Empfehlung im konkreten Fall keine praktischen Auswirkungen mehr. Vier Fälle von der Monatsliste Oktober 2022 sollen zudem anlässlich der nächsten Sitzung vom 28. Februar 2023 diskutiert werden.

4.2.2 Im August und Oktober 2022 seien den Kommissionsmitgliedern im Übrigen keine Fälle unterbreitet worden, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung wegen offensichtlicher Unbegründetheit vorsah. Im September 2022 sei lediglich ein solcher Fall unterbreitet worden. Seitens der Kommissionsmitglieder gingen diesbezüglich innert Frist keine Einwände ein.

4.3 Neue Fälle

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission 23 neue Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich in 15 Fällen eine Abweisung und in 8 Fällen eine Diskussion als Grenzfall vorschlägt. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission, 5 Gesuche gutzuheissen und 16 Gesuche abzuweisen. In einem Fall wird keine Empfehlung abgegeben und der Entscheid dem Fachbereich FSZM überlassen. In einem weiteren Fall wird die Abgabe einer Empfehlung bis auf Weiteres zurückgestellt.

5 Valorisierung der Forschungsergebnisse (Orientierung über aktuellen Stand)

Ein Konzept zur Valorisierung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Aufarbeitung wurde vom Fachbereich FSZM seit Juli 2022 (im Auftrag der Departementsvorsteherin) in einer sog. mittleren Variante konkretisiert. Die Projektplanung und -organisation wurde gestützt darauf weiter detailliert. Geplant sind u.a. eine umfassende Web-Plattform zum Thema, Lehrmittel-Angebote für Schulen sowie eine Ausstellung. Ziel ist es, den Gesamtbundesrat zu Beginn des Jahres 2023 über die geplanten Massnahmen zu informieren und auch die Finanzierung des Projekts zu regeln. Zurzeit befindet sich ein entsprechender Bundesratsantrag in der Ämterkonsultation.

6 Selbsthilfeprojekte (Orientierung über aktuellen Stand)

Das Pilotprojekt «Caregivers», welches von der Guido Fluri Stiftung und der Pro Senectute durchgeführt wurde, endete nach 2 Jahren Laufzeit im November 2022. Im Projekt wurden rund 10 Betroffene aus dem Kanton Bern zu sogenannten «Caregiver» ausgebildet, welche andere Betroffene in verschiedenen Lebenssituationen unterstützen sollten. Zusätzlich wurde zur Sensibilisierung von Alters- und Pflegeeinrichtungen in Zusammenarbeit mit den Betroffenen ein Flyer entwickelt, welcher auf die speziellen Anliegen und Bedürfnisse von FSZM-Betroffenen aufmerksam machen soll.

Von der Projektträgerschaft wurde bereits ein neuer Antrag für ein Selbsthilfeprojekt (gem. Art. 17 Bst. b AFZFG) eingereicht, in welchem über die Kantonsgrenzen von Bern hinaus (insbesondere in der Westschweiz und Zürich) ein Netzwerk von «Caregivern» aufgebaut werden soll. Zudem soll auch die Sensibilisierungskampagne von Alters- und Pflegeeinrichtungen ausgeweitet werden.

Schliesslich wurde auch von der Association «agir pour la dignité» ein Antrag für ein Selbsthilfeprojekt beim BJ eingereicht. In diesem Projekt sollen in den nächsten 3 Jahren in der Westschweiz einzelne Videoportraits von Betroffenen entstehen, welche vor allem auch für die Vermittlung der FSZM-Thematik in den Schulen dienen sollen.

7 Verschiedenes

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission wird am 28. Februar 2023, voraussichtlich ab 10 Uhr, stattfinden. Über Durchführungsart bzw. -ort wird kurzfristig entschieden.

Auch für die weiteren Sitzungen im nächsten Jahr konnten bereits folgende Daten festgelegt werden: 23. Mai 2023, 22. August 2023 und 21. November 2023.

Der Dank des Präsidenten geht an alle Mitglieder der Kommission und die Mitarbeitenden des Fachbereichs FSZM für die aktive Teilnahme und die konstruktive Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung.

Die Sitzung wird um 15 Uhr geschlossen.



Procès-verbal de la 29^e réunion de la commission consultative (Cocosol)

Date : 22 novembre 2022
Lieu : Office fédéral de la justice, Berne
Heure : de 10h à 15h

No de dossier : 924-3720/4/2

Présidence :	Luzius Mader	Président Ancien délégué du DFJP aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance et ancien directeur suppléant de l'OFJ
Membres :	Elsbeth Aeschlimann	Ancienne représentante des points de contact cantonaux
	Urs Allemann-Cafilisch	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée
	Laetitia Bernard	Travailleuse sociale au centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
	Guido Fluri	Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée
	Christian Raetz	Ancien chef du « Bureau cantonal de médiation VD »
	Theresa Rohr	Personne concernée
	Barbara Studer Immenhauser	Archiviste cantonale du canton de Berne et présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA)
	Maria Luisa Zürcher	Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate
Ex officio :	Reto Brand	OFJ / chef de l'unité MCFA
	Yves Strub	OFJ / unité MCFA / secrétaire de commission suppléant
Procès-verbal :	Simone Anrig	OFJ / secrétaire de commission



1 Salutations et communications

Le président ouvre la séance à 10h et souhaite la bienvenue aux membres de la commission consultative.

Le procès-verbal de la précédente séance, en date du 23 août 2022, a déjà été approuvé.

Les documents relatifs à la présente séance ont été envoyés aux membres de la commission il y a environ deux semaines et demie (un envoi complémentaire a eu lieu il y a une semaine). Tout le monde les a visiblement reçus à temps.

Le président n'a pas d'autres communications.

Reto Brand mentionne un arrêt du **Tribunal administratif fédéral du 8 septembre 2022**¹, qui rejette le recours formé contre la décision sur opposition de l'OFJ. Le Tribunal administratif fédéral s'est longuement penché sur la question de savoir quels types de *mesures de coercition à des fins d'assistance* étaient concernées par la loi fédérale sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 (LMCFA). Il a conclu qu'il ne pouvait s'agir a priori que de faits tels que des placements ordonnés par des autorités, des avortements, adoptions et stérilisations forcées ou encore des essais médicamenteux. Dans le cas précis, le recourant était resté avec sa mère et ses frères sur le domaine agricole de la famille, exploité par son oncle suite au décès de son père. Les autorités n'ont donc pas prononcé de mesure de coercition à des fins d'assistance ni de placement extrafamilial (chez un particulier). Les abus commis par l'oncle sur le domaine agricole (exploitation économique, pénalités financières) ne peuvent pas être considérés comme une conséquence directe d'une mesure au sens de la LMCFA. Il en va de même pour la responsabilité (partagée) des autorités en ce qui concerne la répartition inéquitable de l'héritage du père, qui, de son vivant, exploitait le domaine avec l'oncle du recourant.

Reto Brand signale par ailleurs que la ville de Zurich prévoit d'accorder une contribution de solidarité communale d'un montant de 25 000 francs. Elle pourrait être versée aux personnes ayant subi une mesure de coercition à des fins d'assistance ou un placement extrafamilial avant 1981 ordonné par les autorités de la ville de Zurich. Cette contribution de solidarité communale pourrait être demandée en complément à la contribution octroyée en vertu de la LMCFA. Dans le même temps, la ville de Zurich traitera la question du rôle de ses autorités dans le contexte des mesures de coercition à des fins d'assistance.² Après le Conseil de ville, cette affaire doit encore être traitée par le Conseil communal de Zurich. L'unité MCFA a été contactée par téléphone à ce sujet et a rendu une appréciation technique, mais l'OFJ n'a pas rendu de prise de position politique. Selon le président, le public n'a pas été informé de façon optimale à ce sujet, puisqu'un communiqué a donné l'impression que la contribution de solidarité communale de Zurich avait déjà été instaurée définitivement par le législatif de la ville (Conseil communal). Il exprime en outre certaines réserves quant à la création d'une telle contribution de solidarité communale. La mise en place de cette contribution engendrerait en particulier des inégalités entre les victimes, car il est fort peu probable que d'autres communes puissent à leur tour lancer un projet comparable. Elsbeth Aeschlimann mentionne que le centre d'aide aux victimes de Zurich a seulement été mis au courant de ce projet lorsqu'il a été rendu public. Il a immédiatement reçu de nombreux appels de victimes confuses. Guido Fluri ajoute que sa fondation a elle aussi reçu de nombreuses demandes au sujet de la contribution de solidarité de la ville de Zurich. Il voit aussi le projet de la ville de Zurich d'un œil sceptique puisque la création de la LMCFA visait à trouver une solution unique au niveau fédéral, parce que les cantons et les communes n'auraient pas eu la possibilité de mettre

¹ Arrêt du Tribunal administratif fédéral B-4633/2021 du 8 septembre 2022 (voir www.bvger.ch > Base de données des arrêts du TAF > Texte de recherche B-4633/2021).

² Informations complémentaires concernant l'ordonnance prévue par la ville de Zurich : [Gemeinderat Zürich: Verordnung zum Solidaritätsbeitrag](https://www.gemeinderat-zuerich.ch/Verordnung-zum-Solidaritätsbeitrag)

sur pied une solution collective en temps utile. D'après lui, il faudrait plutôt envisager d'autres offres au niveau fédéral pour les victimes (mot-clé : mise en œuvre des recommandations de la CIE). Il lui paraît malheureusement peu probable de pouvoir mobiliser une majorité du Parlement pour offrir aux victimes des prestations pour des montants s'élevant à plusieurs centaines de millions de francs. Theresa Rohr et Urs Allemann-Cafilisch relèvent que le Bistrot d'échange est très apprécié et que les personnes concernées sont très reconnaissantes. Les recommandations de la CIE ont par ailleurs encore été abordées lors du dernier Bistrot d'échange en Suisse romande. Les organisateurs du Bistrot d'échange ont toujours des difficultés à se positionner ou à fournir des informations à ce sujet.

2 Règlement relatif à l'organisation et aux méthodes de travail de la Commission consultative pour la contribution de solidarité

Le projet de « Règlement relatif à l'organisation et aux méthodes de travail de la Commission consultative pour la contribution de solidarité » a été remis aux membres de la commission accompagné de l'invitation à la séance et de l'ordre du jour. Ces derniers en ont brièvement discuté et l'ont accepté après avoir procédé à quelques adaptations. Le règlement doit encore être traduit en français.

3 Principes directeurs pour l'examen des demandes

Conformément au mandat que lui a adressé la commission lors de la dernière séance, l'unité MCFA a couché par écrit un certain nombre de principes directeurs pour l'examen des demandes (le document a été remis aux membres de la commission avec l'invitation à la séance et l'ordre du jour). Les enjeux principaux sont l'utilisation d'archives, l'importance des exposés personnels par rapport aux informations tirées des archives et les formes de violence psychique qui peuvent établir le statut de victime (voir art. 2, let. d, ch. 1, LMCFA), ainsi que les éléments constitutifs de l'exploitation économique par la mise à contribution excessive de la force de travail ou l'absence de rémunération appropriée (art. 2, let. d, ch. 6, LMCFA). La commission consultative trouve que les principes formulés par l'unité MCFA sont bons. Elle n'a demandé que certaines modifications rédactionnelles et deux adaptations matérielles. L'unité MCFA procédera aux modifications requises et fera parvenir le document final à tous les membres de la commission.

4 Discussion des dossiers individuels

4.1 Cas abordé lors de la précédente séance

S'agissant d'un cas, la commission a une nouvelle fois abordé la question de savoir si les placements dans un internat (scolaire) par un particulier pouvaient aussi entrer dans le champ d'application de la LMCFA. L'unité MCFA communique le résultat de ses recherches et, après une nouvelle discussion approfondie, la commission recommande de rejeter la demande.

4.2 Cas traités par voie de circulaire (listes mensuelles)

4.2.1 Le président constate que les listes mensuelles d'août, de septembre et octobre 2022 comportaient respectivement 30, 23 et 48 demandes que l'unité MCFA envisageait d'approuver.

Il a analysé quelques cas sélectionnés au hasard dans les trois listes. Urs Allemann-Cafilisch (listes d'août et d'octobre) et Theresa Rohr (liste d'août) en ont fait de même. Ils souhaitent évoquer aujourd'hui quatre cas issus des listes d'août et de septembre. Trois d'entre eux

sont approuvés par la commission après une courte discussion. Dans le dernier cas, la décision est négative : puisqu'il s'agit d'une demande à traiter en priorité et que, pour cette raison, l'unité MCFA avait déjà envoyé la décision d'approbation, cette recommandation n'a presque aucune incidence pratique dans le cas concret. Quatre cas de la liste d'octobre devront encore être passés en revue lors de la prochaine séance du 28 février 2023.

4.2.2 En août et en octobre 2022, l'unité MCFA n'a soumis aucun cas aux membres de la commission dans lequel elle projetait de rejeter une demande manifestement immotivée. En septembre, la liste ne contenait qu'un seul cas de ce type. Les membres de la commission n'ont rien objecté dans les délais impartis à la décision prévue.

4.3 Nouveaux cas

L'unité MCFA a soumis 23 nouveaux cas à la commission pour la séance du jour, proposant d'en rejeter 15 et de mener une discussion s'agissant des 8 autres (cas limites). Après discussion approfondie de chaque cas, la commission recommande d'accepter 5 demandes et d'en rejeter 16. Dans un cas, elle ne fait pas de recommandation et laisse la décision à l'unité MCFA. Dans un dernier cas, la formulation d'une recommandation est reportée jusqu'à nouvel ordre.

5 Valorisation des résultats de la recherche (situation actuelle)

En juillet 2022, l'unité MCFA (sur mandat de la cheffe du département) a précisé le concept de valorisation des résultats de la recherche dans une variante médiane. La planification et l'organisation du projet ont été détaillées sur cette base. Il est notamment prévu de mettre en place une plateforme web sur le sujet, des offres de matériel pédagogique pour les écoles ainsi qu'une exposition. L'objectif est d'informer le Conseil fédéral des mesures prévues au début de l'année 2023 et de régler la question du financement du projet. La proposition au Conseil fédéral est actuellement en consultation des offices.

6 Projets d'entraide (situation actuelle)

Le projet pilote « Caregivers », mis sur pied par la Fondation Guido Fluri et Pro Senectute a pris fin en novembre 2022, après deux ans. Environ 10 personnes concernées habitant dans le canton de Berne ont été formées pour devenir des caregivers (aidants). Elles viendront en aide à d'autres personnes concernées dans diverses situations. Un flyer a été élaboré en collaboration avec les personnes concernées afin de sensibiliser les établissements de soin et les EMS aux besoins spécifiques des victimes de MCFA.

Les responsables du projet ont d'ores et déjà déposé une nouvelle demande de projet d'entraide (en application de l'art. 17, let. b, LMCFA) afin de mettre en place un réseau de « caregivers » qui s'étende hors des frontières bernoises (notamment en Suisse romande et dans la région zurichoise). La campagne de sensibilisation des établissements de soin et des EMS doit elle aussi être développée.

Enfin, l'association « Agir pour la dignité » a aussi déposé une demande auprès de l'OFJ pour mettre en place un projet d'entraide. Au cours des 3 prochaines années, son projet vise à réaliser des portraits vidéo de personnes concernées de Suisse romande, afin qu'ils puissent notamment être utilisés pour communiquer au sujet de la thématique des MCFA dans les écoles.

7 Varia

La prochaine réunion de la commission consultative aura lieu le 28 février 2023, à partir de 10h. Les membres seront informés peu de temps auparavant des modalités de sa tenue (en présentiel ou non), et le cas échéant du lieu.

Les dates des prochaines séances de l'année sont déjà fixées : 23 mai 2023, 22 août 2023 et 21 novembre 2023.

Le président remercie tous les membres de la commission et les collaborateurs de l'unité MCFA pour leur participation active et leur collaboration constructive lors de la séance de ce jour.

La séance est levée à 15h.